



VERANSTALTUNGSDOKUMENTATION

Eckpunkte der Podiumsdiskussion „NRW im Wandel“

Kurz und konkret: Aussagen der Spitzenpolitiker*innen zur Landtagswahl rund um Nachhaltige Entwicklung

18. März 2022 | Kunstmuseum Bonn

Am 18. März 2022 lud das Fachforum Nachhaltigkeit NRW, ein Zusammenschluss von führenden Nichtregierungsorganisationen aus NRW, zur Podiumsdiskussion mit Spitzenpolitiker*innen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Thema waren die Lösungsansätze der Parteien zu unterschiedlichen Herausforderungen einer Nachhaltigen Entwicklung vor dem Hintergrund der Landtagswahl. Welche konkreten Ideen und Maßnahmen die Politiker*innen nannten, fassen wir als Eckpunkte zusammen.

Die teilnehmenden Politiker*innen der Podiumsdiskussion waren Herr MdL Thomas Kutschaty (Vorsitzender und Spitzenkandidat der SPD NRW), Frau Ursula Heinen-Esser (damalige Umweltministerin, CDU NRW) und Frau Mona Neubaur (Vorsitzende und Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen NRW). Frau MdL Angela Freimuth (stellv. Landesvorsitzende der FDP NRW) konnte aufgrund einer Corona-Infektion im näheren Umfeld nicht teilnehmen. Frau Neubaur verspätete sich wegen einer Verzögerung im Bahnverkehr. Durch die etwa dreistündige Veranstaltung im Auditorium des Kunstmuseums Bonn moderierte Journalistin Judith Schulte-Loh.

Eine Aufzeichnung der Podiumsdiskussion findet sich [hier](#).

Zu folgenden Themen der Podiumsdiskussion finden Sie in dieser Zusammenfassung konkrete Eckpunkte:

Nachhaltigkeitsstrategie

Nachhaltigkeitsstrukturen

Klimaschutz

Energie

Verkehr

Artenschutz

Flächennutzung

Geschlechtergerechtigkeit

Nachhaltiges Wirtschaften

Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Auswirkungen des Ukrainekriegs

Diese 18 NROs des Fachforums Nachhaltigkeit NRW haben zur Veranstaltung eingeladen:



Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie verbindlicher machen

Ursula Heinen-Esser sprach sich dafür aus, durch gesetzliche Regelungen, wie ein **Nachhaltigkeitsgesetz**, die Erfüllung der Ziele und Indikatoren der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie verbindlich festzulegen.

Auch Thomas Kutschaty unterstrich, dass für ein zügiges Umsetzen jetzt konkrete und verbindliche Maßnahmen festgelegt werden müssten.

Anstelle eines Nachhaltigkeitsgesetzes brachte Mona Neubaur die Idee eines **Nachhaltigkeits-Checks** ein, der bei jeder umzusetzenden Maßnahme erfolgen sollte. Dafür brauche es entsprechende Fachkräfte.

Nachhaltigkeitsstrukturen stärken

Für verbesserte Finanzierungsoptionen schlug Kutschaty vor, dass der Anteil der Kommunen an den Verbundsteuern und den Einnahmen von 23 auf 24 Prozent - perspektivisch unter Evaluierung der Förderprogramme auf 25 Prozent – erhöht werden könne.

Eine Verankerung von **Nachhaltigkeit als Staatsziel** wurde von allen drei Politiker*innen eher positiv bewertet – Kutschaty und Neubaur sprachen ein klares Ja aus, Heinen-Esser revidierte ihr ursprüngliches "Nein" zu einem weichen "Jein."

Drei eindeutige Zusagen gab es derzeit für die Einrichtung eines **parlamentarischen Beirats für Nachhaltigkeit** in NRW sowie die Verankerung von **Nachhaltigkeitszielen im Haushalt**.

Klimaschutz

Alle drei Politiker*innen sprachen sich für **verbindliche Treibhausgaseinsparziele** für alle relevanten Bereiche aus. Unterschiede zeigten sich in den dargestellten Wegen.

Neubaur brachte hier als Werkzeug für die Umsetzung den Vorschlag eines **Klima-Checks** ein, der bei allen gesetzlichen Maßnahmen die Folgewirkungen prüft. So solle Verbindlichkeit in der Gesetzgebung entstehen. Zudem könne dies Kommunen als wichtige Akteure einer Nachhaltigen Entwicklung in ihrer Arbeit unterstützen.

Heinen-Esser schlug vor, Bilanzen für einzelne Sektoren aufzustellen, indem die Leistungen des Sektors zur CO₂-Reduktion und zum Beispiel Ökosystemleistungen aufgerechnet werden.

Energie

Heinen-Esser mahnte mit Blick auf **Photovoltaik** auf landwirtschaftlichen Flächen vor Pachtpreiserhöhungen und sprach sich für die Bebauung von 200 Metern Randstreifen von Autobahnen ins Land sowie eine Pflicht für Photovoltaik auf Dächern von Gewerbegebäuden und Neubauten aus.

Diese Verpflichtung hielt auch Kutschaty für sinnvoll. Er unterstrich, dass private Photovoltaik sich aktuell nur für Einfamilienhäuser rechne, wo die Energie direkt genutzt werde. Hier verwies er auf nötige gesetzliche Änderungen auf Bundesebene und sprach auch frühzeitige **Bürgerbeteiligung** an, die zu höherer Akzeptanz (etwa beim Thema Windenergie) führe.



Von links: Thomas Kutschaty, Ursula Heinen-Esser, Mona Neubaur und Moderatorin Judith Schulte-Loh

Verkehr

Alle drei Podiumsgäste sprachen sich für ein **Tempolimit auf Autobahnen** aus – wobei dies bei Heinen-Esser eine persönliche Position darstellte. Zudem unterstrichen alle, dass der Fokus auf Sanieren statt Neubauen gelegt werden müsse. Die Anbindung des ländlichen Raums wurde ebenfalls betont.

Artenschutz

Für den **Erhalt der Artenvielfalt** will Heinen-Esser ein 100-Tage-Sofortprogramm gemeinsam mit Naturschutz- und Landwirtschaftsverbänden realisieren. Einen runden Tisch befürwortete auch Kutschaty.

Als konkrete Maßnahmen für Artenschutz schlug Neubaur vor, den Anteil an regionalen Lebensmitteln in der Landtagskantine zu erhöhen und ein **Verbot von Schottergärten** in NRW zu erwirken.

Letzteres schlug auch Heinen-Esser vor, die zudem gerne ein Wolfszentrum einrichten würde. Zudem sollen Akteure der Nahversorgung laut Heinen-Esser durch Regionalmanager unterstützt werden, die sich in bestimmten Kreisen um eine verstärkende Verbindung zwischen Ökobetrieben und Handel kümmern. Als Möglichkeit, den Ökolandbau kurzfristig auf 25% der landwirtschaftlichen Flächen auszubauen, nannte sie finanzielle Anreize, die auch über die europäische Agrarpolitik hinausgehen.

Flächennutzung

Zum Thema Flächenverbrauch formulierte Kutschaty den Anspruch, dass beim Bau nicht mehr in die Freiflächen, sondern in die Höhe und ins Recycling gegangen werden müsse.

Neubaur betonte, dass Anreize für Ressourceneffizienz geschaffen und entsprechende Initiativen gefördert werden müssten.

Heinen-Esser verwies auf das aktuelle Flächensparprogramm der Landesregierung, welches wirke, aber durch finanzielle Beteiligung des Landes (etwa um teure Altlastensanierung zu gewährleisten) gestärkt werden müsse.



Geschlechtergerechtigkeit

Neubaur zeigte sich als Verfechterin der **Frauenquote**. Beispielhaft umriss sie das Stipendienprogramm für Start-Ups, bei dessen Vergabe das Land dafür sorgen könne, dass 50 Prozent derer, die über die Vergabe entscheiden, Frauen sind.

Kutschaty erklärte, dass er sich für höhere Löhne und einkommensabhängige **Kindergrundsicherung** einsetzen wolle, damit sich Familien und alle Menschen Energiewende leisten können. Zudem brauche es sowohl eine Imageverbesserung als auch bessere Arbeitsbedingungen in sozialen Berufen, in denen Frauen häufiger vertreten seien.

Nachhaltiges Wirtschaften

Um die **Kompetenzen von nachhaltigen Unternehmen zu stärken**, will Kutschaty Transformationsagenturen schaffen, die kleinen Unternehmen bei der Umstellung auf Nachhaltigkeit helfen. Finanziell unterstützt werden solle dies durch einen Transformationsfonds, den er durch die NRW-Bank abwickeln möchte.

Auch Neubaur will Qualifizierungsangebote durch staatliche Hand stärken, um sich verändernde Beschäftigungen (auch mit Blick auf Beeinträchtigungen durch den Ukraine-Krieg) aufzufangen.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Stärkung von politischer Bildung seien relevant, so Neubaur, um denen etwas entgegenzusetzen, die in der Verunsicherung der Gesellschaft Nährboden für ihre rechtsextreme Propaganda zu finden versuchen. Sie forderte die Erhöhung von Mitteln für politische Stiftungen und ähnliche Akteur*innen.

Kutschaty betonte den Stellenwert von Weiterbildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, um Nachhaltigkeit in die Breite zu tragen, während Heinen-Esser die Einbindung junger Menschen in klimapolitische Entscheidungsprozesse ansprach.

Beteiligung der Zivilgesellschaft

Zur Förderung von Beteiligung sprach Neubaur dezentrale Lösungen durch **Kinder- und Jugendparlamente** an sowie die Verknüpfung von guten Nachhaltigkeitsansätzen in verschiedenen Studiengängen, um mehr Sozialunternehmertum entstehen zu lassen.

Heinen-Esser befürwortete, dort Beteiligungsformate zu implementieren, wo sie helfen Entscheidungen im Interesse aller zu treffen, etwa bei Windkraft und Naturschutz.

Kutschaty möchte transparentere Gesetzgebungsverfahren durch digitale Offenlegungsformate vorantreiben, die von der Politik präsentiert werden. **Bürger*innenräte** bezeichnete er als entscheidendes Element auf lokaler sowie teils auf Bundesebene. Zudem sprach er sich für ein Wahlalter ab 16 Jahren (bei der nächsten Landtagswahl) aus.

Auswirkungen des Ukrainekriegs

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine mahnte Heinen-Esser, jetzt nicht kurzfristig zu denken. Kernkraftwerke länger laufen zu lassen sei für sie keine Option und die Aufweichung von Naturschutzflächen für die Futtermittelsicherheit auf EU-Ebene sei genau zu prüfen.

Kutschaty fügte dem Gesprächspunkt hinzu, dass die Kriegssituation die Diskussion über nachhaltige Lösungen sowie die Umstellung auf erneuerbare Energien beschleunigen müsse.





Die Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west) ist ein Netzwerk aus Nachhaltigkeitsakteuren in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, das Ende 2016 mit der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zusammen mit drei weiteren regionalen Netzwerken gegründet wurde. Ziel der RENN.west ist es, zum Wissensaustausch anzuregen, gute Lösungsansätze zu verbreiten und die politischen Rahmenbedingungen für eine Nachhaltige Entwicklung Deutschlands weiterzuentwickeln.



Impressum

Herausgeber:

Regionale Netzstelle
Nachhaltigkeitsstrategien West

c/o Landesarbeitsgemeinschaft Agen-
da 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW)
Deutsche Str. 10
44339 Dortmund
+49 (231) 936960-0
west@renn-netzwerk.de

V.i.S.d.P.:

Dr. Klaus Reuter
LAG 21 NRW
Konsortialführung RENN.west
Deutsche St. 10 • 44339 Dortmund
www.lag21.de

Weitere Informationen:

www.renn-netzwerk.de/west

